

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**41. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
der Stadt Haan**

am Donnerstag, dem 08.10.2020 um 17:00 Uhr
in der Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
19:45

Vorsitz:

Stv. Jörg Dürr

1. stellv. Vorsitzender

CDU-Fraktion

Stv. Robert Abel

Stv. Udo Greeff

Stv. Gerd Holberg

AM Manfred Kupke

Stv. Monika Morwind

Stv. Folke Schmelcher

Vertretung für Stv. Jens Lemke

Vertretung für AM Annette Leonhardt

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Ulrich Klaus

Stv. Juliane Wolfsperger

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Vertretung für AM Hans-Jürgen Wolff

GAL-Fraktion

AM Nicola Günther

Stv. Jörg-Uwe Pieper

Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Jörg-Uwe Pieper

Vertretung zu TOP 3 für

Stv. Andreas Rehm

FDP-Fraktion

Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Vertretung für AM Bernd Krütt

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Uwe Elker

Stv. Peter Schniewind

Schriftführung

Herr Martin Stolz

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

1. Beigeordneter Engin Alparslan

TA Sabine Scharf

TA Guido Mering

StVR Torsten Rekindt

VA Heike Ries

Gäste

Herr Budysh, JuPa Haan

Frau Marx, Stadt+Handel

Frau Ostkamp, Stadt+Handel

Herr Eichenauer, Stadt+Handel

Herr Fuhr, Maier Architekten

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** eröffnet um 17:00 Uhr die 41. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der **stv. Vorsitzende Jörg Dürr** lässt darüber abstimmen, TOP 5 und 5.1 nach TOP 1 zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Hinweis:

In der Niederschrift werden die Tagesordnungspunkte entsprechend ihrer ursprünglichen Beratungsreihenfolge wiedergegeben.

Stv. Meike Lukat beantragt, die im SUVA vom 17.09.2020 beschlossenen Anträge „Straßen mit Sicherheitsmangel anpacken“ und „Sachstandsbericht Mittelverwendung Fußgängerwege“ bereits in dieser Sitzung und nicht erst in der nächsten Sitzung des SUVA zu besprechen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

7 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen

Öffentliche Sitzung

1./ Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Haan hier: Vorstellung des Innenstadtbüros und der Citymanagerin

Protokoll:

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** stellt die Vertreter vom Planungsbüro Stadt+Handel vor, die das Citymanagement für die Innenstadt Haan im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes (InHk) umsetzen.

Frau Marx (Teamleiterin) stellt zunächst das Büro Stadt+Handel vor.

Herr Eichenauer (Projektleiter) erläutert die Aufgaben und Tätigkeitsschwerpunkte des Citymanagements.

Frau Ostkamp (Citymanagerin) gibt einen Überblick über die durchgeführten und geplanten Aktivitäten des Citymanagements und weist auf das Innenstadtbüro in der Sparkasse sowie auf die Internetseite (www.innenstadtbuero-haan.de) hin.

2./ 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 "nördliche Flemingstraße" als Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB Anpassung des Flächennutzungsplanes (44. Änderung des FNP) im Wege der Berichtigung hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung, § 3 (2) BauGB Vorlage: 61/340/2020

Protokoll:

TA Sabine Scharf stellt die Vorlage vor.

Stv. Andreas Rehm begrüßt das Vorhaben grundsätzlich stellt für die GAL-Fraktion jedoch 4 Anträge zur Abstimmung:

- (1) Im städtebaulichen Vertrag ist die Anzahl der Pkw- und Fahrradstellplätze verbindlich festzulegen.
- (2) Im städtebaulichen Vertrag sind sämtliche empfohlene Maßnahmen aus dem Artenschutzgutachten verbindlich zu vereinbaren.
- (3) Im Bebauungsplan sind Festsetzungen zur Vermeidung von Vogelschlag an Fenstern zu treffen.
- (4) Beide Bäume (Blutbuche und Atlaszeder) müssen erhalten bleiben. Die überbaubare Fläche ist dahingehend anzupassen.

Stv. Reinhard Zipper spricht sich für einen Stellplatzschlüssel von 1:1,5 aus.

Der **1. Beigeordnete Engin Alparslan** erläutert, dass der Ausschuss bereits die Planung hinsichtlich der Zahl der Stellplätze beschlossen hat und betont, dass, im Gegensatz zu den bisherigen Vorhaben, 100 Prozent der Wohneinheiten als geförderter Wohnungsbau umgesetzt werden.

Stv. Meike Lukat weist ergänzend darauf hin, dass eine hohe Zahl an Fahrradstellplätzen vorgehalten wird. Weiterhin regt sie an, das Thema „Spielplatz“ mit in den städtebaulichen Vertrag aufzunehmen.

Herr Fuhr, vom beauftragten Architekturbüro, erläutert, dass bei einem Erhalt beider Bäume das Gebäude deutlich kleiner werden würde und entsprechend weniger Wohnraum realisiert werden könnte. Er weist darauf hin, dass die Blutbuche im Rahmen der Baumschutzsatzung auf dem Vorhabengrundstück durch eine Neuanspflanzung kompensiert wird.

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** schlägt vor, über die Anträge von **Stv. Andreas Rehm** nacheinander abzustimmen.

(1) Im städtebaulichen Vertrag ist die Anzahl der Pkw- und Fahrradstellplätze verbindlich festzulegen.

Abstimmungsergebnis zu 1):

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

(2) Im städtebaulichen Vertrag sind sämtliche empfohlene Maßnahmen aus dem Artenschutzgutachten verbindlich zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis zu 2):

einstimmig angenommen

(3) Im Bebauungsplan sind Festsetzungen zur Vermeidung von Vogelschlag an Fenstern zu treffen.

Abstimmungsergebnis zu 3):

mehrheitlich angenommen

9 Ja / 7 Nein / 1 Enthaltung

(4) Beide Bäume (Blutbuche und Atlaszeder) müssen erhalten bleiben. Die überbaubare Fläche ist dahingehend anzupassen.

Abstimmungsergebnis zu 4):

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja / 8 Nein / 5 Enthaltungen

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** fasst zusammen, dass die Punkte 1), 2) und 3) angenommen wurden und stellt fest, dass die Beschlussempfehlung hinsichtlich des Antrags der GAL-Fraktion zu ergänzen ist. Dementsprechend lässt der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** über die ergänzte Beschlussempfehlung abstimmen (Ergänzung in *Kursivschrift*).

Beschluss:

1. „Dem Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 „nördliche Flemingstraße“ in der Fassung vom 08.10.2020 mit seiner Begründung in der Fassung vom 08.10.2020 *unter Einbeziehung der im Antrag der GAL-Fraktion formulierten Ergänzungen* wird zugestimmt. Das Plangebiet liegt in Haan-Ost, an der Einmündung der Flemingstraße in die Landstraße. Es umfasst die Flurstücke 500 und 501 in der Flur 11, Gemarkung Haan. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.
2. Der beschlossene Entwurf mit seiner Begründung ist gemäß § 3 (2) BauGB in Verbindung mit § 13a bzw. § 13 BauGB öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 / Nein / 1 Enthaltung

**3./ Bebauungsplan Nr. 196 „Düsseldorfer Straße / Ohligser Straße“ im Verfahren nach § 13a BauGB / Anpassung des FNP im Wege der Berichtigung durch seine 41. Änderung
hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB
Vorlage: 61/341/2020**

Beschluss:

- „1. Dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 196 „Düsseldorfer / Ohligser Straße“ und seiner Begründung, jeweils in der Fassung vom 01.09.2020 wird zugestimmt.
Das Plangebiet befindet sich in Haan-West. Der räumliche Geltungsbereich wird im Norden begrenzt durch die Düsseldorfer Straße (Hausnummer 65-53), im Osten durch die Zufahrt zur Bebauung Ohligser Straße 49 und angrenzende Gartengrundstücke der Bebauung Ohligser Straße 42-48, durch die Ohligser Straße im Südwesten und durch die Bebauung und Hofflächen zwischen der Ohligser Straße 60a und der Düsseldorfer Straße 69 im Westen. Die genaue Festlegung des räumlichen Geltungsbereiches erfolgt durch die Planzeichnung.
2. Der beschlossene Planentwurf mit seiner Begründung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4./ Entwicklung Rathauskurve
Vorlage: 60/073/2020

Protokoll:

Stv. Meike Lukat merkt an, dass zunächst geklärt werden müsse, was planungsrechtlich auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplans möglich wäre. Weiterhin solle nicht nur ein Investor gesucht werden, der dann sein Konzept ausarbeitet.

Stv. Andreas Rehm regt an, sich zunächst hinsichtlich eines innovativen Konzeptes Gedanken zu machen. Er sieht eine Beratung in den Haushaltsplanberatungen.

Auch **Stv. Reinhard Zipper** lehnt eine Fokussierung auf einen Investor ab. Man müsse erst ein Konzept erarbeiten und sich nicht zu früh auf einen Investor festlegen.

Der **1. Beigeordnete Engin Alparslan** erläutert, dass ein Vollsortimenter im Rahmen des projektierten Einkaufszentrums am Windhövel vorgesehen war. Mit dem neuen Rathaus am Schillerpark und einem Vollsortimenter in der Rathauskurve kann eine Polstruktur geschaffen werden.

Stv. Udo Greeff weist auf die Beschlussempfehlung des WLSTA vom 24.09.2020 hin; es solle nicht nur mit einem sondern mit potenziellen Investoren ein Konzept erarbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Verkauf des Grundstücks „Rathauskurve“ auch in vergaberechtlicher Hinsicht zu prüfen und mit einem potentiellen Investor ein Konzept zu erarbeiten, welches dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird.

Des Weiteren wird die Verwaltung prüfen, ob das Vorhaben mit dem bestehenden Planungsrecht umgesetzt werden kann oder eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

**5./ Änderung der Ausbaubeitragssatzung und Informationen zum Straßen-
ausbaubeitragsrecht
Vorlage: 60/068/2020**

Protokoll:

StVR Torsten Rekindt trägt eine Zusammenfassung der Vorlage vor, die auf dem Antrag der WLH-Fraktion basiert.

Stv. Walter Drennhaus erklärt, dass die SPD-Fraktion jeglichen Änderungen nicht zustimmen wird. Die Landtagsfraktion der SPD favorisiert die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen, um eine vollständige Entlastung von Bürgern herbeizuführen.

Stv. Meike Lukat beantragt die Aufhebung des Ratsbeschlusses (Vorlage 60/026/2017) vom 27.06.2017 und damit die Rückkehr zur vorherigen Beitragssatzung.

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** schlägt vor, erst über den Antrag von **Stv. Meike Lukat** und dann über den Vorschlag der Verwaltung gem. Beschlussvorlage abzustimmen.

Beschlussvorschlag gem. Antrag der WLH-Fraktion:

Der Ratsbeschluss vom 27.06.2017 zu Vorlage 60/026/2017 wird aufgehoben. Die bis dahin gültige Beitragssatzung tritt wieder in Kraft.

Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

Die anliegende Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Haan -Ausbaubeitragssatzung- wird beschlossen. Die Ausführungen zur Änderung des KAG werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnisse:

Zum Antrag der WLH-Fraktion:

mehrheitlich abgelehnt

6 Ja / 9 Nein / 2 Enthaltungen

Zum Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

mehrheitlich abgelehnt

7 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltungen

**5.1. Bürgerantrag der Bürgerinitiative Straßenbaubeiträge (BIS) vom
/ 16.03.2020
hier: Vorläufige Aussetzung der Straßenerschließungs- und Ausbaumaß-
nahmen in der Gartenstadt Haan
Vorlage: 60/074/2020**

Protokoll:

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um dem Sprecher der BIS, **Herrn Dr. Weber**, Gelegenheit zu geben, sich im Rahmen der Ausschusssitzung zu äußern.

Hierzu besteht Einvernehmen im Ausschuss.

Der **Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** unterbricht daraufhin die Sitzung.

Sitzungsunterbrechung

Herr Dr. Weber verweist auf die Sitzungsunterlagen und die Forderung, alle Straßenerschließungs- und Ausbaumaßnahmen auszusetzen.

die öffentliche Sitzung wird fortgesetzt

Anschließend stellt der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** die Sitzung wieder her.

StVR Torsten Rekindt erläutert den Inhalt der Vorlage. Teile der Begründung des Bürgerantrages werden durch die vorliegenden Unterlagen zu TOP 5 beantwortet. Er kündigt an, dass die Verwaltung die Auswirkungen von veränderten Prozentsätzen in der Ausbaubeitragssatzung für den HFA vorbereitet. StVR Torsten Rekindt verweist auf einen Ergänzungsantrag der BIS für den neuen Rat, dass dieser eine Arbeitsgruppe einrichten soll. Die Verwaltung wird den Ergänzungsantrag antragsgemäß dem neuen Rat vorlegen.

TA Guido Mering weist darauf hin, dass die Submission im Rahmen des Vergabeverfahrens für die Sanierung der Schillerstraße unmittelbar bevorstehe. Bei einem Aussetzen aller Straßenbaumaßnahmen müsse das Verfahren gestoppt werden.

Stv. Walter Drennhaus erklärt, dass die SPD eine Aussetzung bereits beschlossener Maßnahmen ablehnt.

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** schlägt vor, erst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung (1) abzustimmen und im Anschluss daran über den Vorschlag der Bürgerinitiative, eine Arbeitsgruppe einzuberufen (2).

Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

Hinsichtlich des Aussetzens aller Straßenerschließungs- und Ausbaumaßnahmen wird dem Bürgerantrag nicht gefolgt.

Beschlussvorschlag gem. Bürgerinitiative:

Der SUVA wird gebeten, dem neu gewählten Rat vorzuschlagen, eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe mit Ratsmitgliedern oder alternativ Vertretern/innen des HFA und des SUVA sowie Vertretern/innen der BIS einzusetzen, in der unter Hinzuziehung des Sachverständigen der Verwaltung das komplexe Thema Straßenbaubeiträge möglichst einvernehmlich behandelt werden soll. Das Ergebnis soll dem neu gewählten Rat über den SUVA und HFA zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnisse:

Zum Beschlussvorschlag gem. Vorlage:

einstimmig angenommen

16 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen

Zum Beschlussvorschlag gem. Bürgerinitiative:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja / 16 Nein / 0 Enthaltungen

**6./ Änderung der Zuständigkeitsordnung
hier: Straßen- und Wegekonzept nach § 8a KAG
Vorlage: 60/069/2020**

Beschlussvorschlag:

In der „Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Haan vom 12.05.2015“ wird

1. unter „Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr (SUVA)“ die Angelegenheit „Straßen- und Wegekonzept nach § 8a KAG“ aufgenommen,
2. unter Haupt- und Finanzausschuss bei der Angelegenheit „Beschlüsse in Erschließungs- und Ausbaubeitragsverfahren“ der Zusatz Ausbaubeitragsverfahren gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**7./ Kritische Verkehrssituation Straße Buschhöfen Unterhaan
hier: Eingabe der Anwohner Buschhöfen vom 11.09.2020**

Protokoll:

Stv. Monika Morwind und Stv. Meike Lukat stellen die Situation und den Bürgerantrag umfassend vor.

TA Guido Mering führt aus, dass man sich seinerzeit bewusst für einen „shared space“ entschieden hatte. Ein verkehrsberuhigter Bereich wird von Seiten der Verwaltung zwar nicht empfohlen, sollte der Ausschuss diesen jedoch beschließen, würde die Verwaltung ihn auch umsetzen. Allerdings würde die Straßenverkehrsbehörde in der Spielstraße keine Parkplätze ausweisen.

Stv. Meike Lukat schlägt vor, das Geschwindigkeitsmessgerät in der Straße Buschhöfen zu platzieren. Weiterhin beantragt sie die Erstellung einer Vorlage zur Thematik für die nächste Sitzung.

Der **stv. Vorsitzende Stv. Jörg Dürr** lässt über den Antrag von **Stv. Meike Lukat** abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Geschwindigkeitsmessgerät in der Straße Buschhöfen aufzustellen. Des Weiteren soll sich die Verwaltung mit der von den Anwohnern vorgetragene Verkehrssituation auseinandersetzen und eine Vorlage hierzu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

-
- 8./ Aufstellung und Montage von Wartehäuschen an der Bushaltestelle Siemensstraße Ecke Büssingstraße in Fahrtrichtung Solingen sowie an der Bushaltestelle Pütt (Hülsberger Busch)
hier: Antrag der CDU Ratsfraktion vom 30.08.2020 (Einbringung)**
-

Protokoll:

Stv. Meike Lukat weist auf TOP 7 der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr vom 17.09.2020 hin, in dem einvernehmlich beschlossen wurde, die Wartehäuschen im Zuge der ohnehin anstehenden Sanierungen nachzurüsten.

Beschluss:

Unter Verweis auf die Sitzung des SUVA vom 17.09.2020, TOP 8, wurde kein Beschluss gefasst.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 9./ Frühzeitige Öffnung der Niederbergischen Allee
hier: Antrag der Fraktion WLH vom 05.09.2020 (Einbringung)**
-

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu dem Antrag der Fraktion WLH vom 05.09.2020 zur nächsten Sitzung eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10./ Einrichtung Tempo-30-Strecken im Bereich des Kindergartens Hochahler Straße und im Bereich des zukünftigen Kindergartens Erikaweg
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020 (Einbringung)**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu dem Antrag der SPD Ratsfraktion vom 08.09.2020 zur nächsten Sitzung eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11./ Entwicklung gestalterischer und baulicher Maßnahmen zur Verringerung der gefahrenen Geschwindigkeit für das Teilstück Hülsberger Busch
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020 (Einbringung)**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu dem Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020 zur nächsten Sitzung eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

16 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

**12./ Einrichtung einer Tempo-30-Strecke im Bereich der Büssingstraße zwischen Einmündung Siemensstraße und dem Kreisverkehr (in Fortsetzung der Strecke zwischen Bahndamm und Einmündung Siemensstraße)
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 13.09.2020 (Einbringung)**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu dem Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 13.09.2020 zur nächsten Sitzung eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**13./ Errichtung eines Kreisverkehrs Ittertalsstraße / Königgrätzer Straße
hier: Antrag der FDP Ratsfraktion vom 16.09.2020 (Einbringung)**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu dem Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 16.09.2020 zur nächsten Sitzung eine Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

10 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

14./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Zur Anfrage der **FDP-Fraktion** vom 25.09.2020 zum Verkehr auf der Parkstraße äußert sich **TA Guido Mering** dahingehend, dass eine positive Tendenz beim Fahrverhalten festgestellt werden kann. Piktogramme werden durch die Verwaltung nicht aufgebracht.

Zur Anfrage der **SPD-Fraktion** vom 05.10.2020 bzgl. der Sondernutzung zweier öffentlicher Parkplätze in der Stresemannstraße führt **TA Guido Mering** aus, dass die Nutzung bis Ende Oktober genehmigt wurde.

Stv. Gerd Holberg fragt, ob ein Solardach oder eine Dachbegrünung aus ökologischen Gesichtspunkten besser ist.

1. Beigeordnete Engin Alparslan kündigt an, dass die Frage im Protokoll beantwortet wird.

Antwort der Verwaltung:

Eine pauschale Beantwortung der Frage ist nicht möglich, da individuelle Einzelsituationen und die daraus resultierenden Rahmenfaktoren nicht pauschal betrachtet werden können. Rahmenfaktoren sind beispielsweise: Neigung, Ausrichtung und Tragfähigkeit des Daches, Verschattungen oder die sonstige Versiegelung des Grundstücks.

Stv. Andreas Rehm bittet im Protokoll um Beantwortung der Frage, was für Maßnahmen zum Schutz des Quellgebiets im Bereich der Mensa der Don-Bosco-Schule getroffen werden.

Antwort der Verwaltung:

Es sind keine Maßnahmen erforderlich, da das Quellgebiet weiter östlich liegt, und zwar im Bereich „Horst“. Zum grundsätzlichen Schutz des Gewässers erfolgte die Planung in enger Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde beim Kreis Mettmann.

Stv. Andreas Rehm bittet um Beantwortung der Frage, was zu tun ist, wenn Dispersionsfarbe nicht eintrocknet und so nicht über den Restmüll entsorgt werden kann.

StVR Torsten Rekindt empfiehlt den Zusatz von Sand, um den Trockenvorgang zu beschleunigen. Grundsätzlich wird bei derartigen Themen eine Konsultation der Abfallberatung empfohlen.

Stv. Peter Schniewind erkundigt sich, warum ein bestimmter Abschnitt der Landstraße saniert wird.

TA Guido Mering erläutert, dass die zeitliche Reihenfolge im Priorisierungskataster für Straßensanierung geregelt ist.

Stv. Meike Lukat spricht das Unfallgeschehen auf der Martin-Luther-Str. an und fragt, welche Erkenntnisse es seitens der Straßenverkehrsbehörde gibt.

TA Guido Mering antwortet, dass keine Analyse vorliegt, da die Straße bisher nicht als Unfallschwerpunkt in Erscheinung getreten ist. Bei Unfallsauffälligkeiten erfolgt üblicherweise eine Ansprache der Straßenverkehrsbehörde durch die Polizei.

15./ Mitteilungen

Protokoll:

TA Guido Mering teilt mit, dass die übergeordnete Straßenverkehrsbehörde auch nach erneuter Prüfung keine Möglichkeit sieht, auf der Ellscheider Straße zwischen Autobahnbrücke und der Einmündung Ellscheid ein geringeres Tempo als 70 Km/h anzuordnen.

TA Guido Mering teilt weiterhin mit, dass auf dem Fröbelweg Halteverbote angeordnet werden, da die Feuerwehr diesen Bereich sonst nicht mehr passieren kann.

Der **1. Beigeordnete Engin Alparslan** verweist auf die den Sitzungsunterlagen beigefügte Pressemitteilung des Landtagsabgeordneten Dr. Christian Untrierer zur Sanierung des Bahnhofes in Gruiten.